

Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen  
Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau  
Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)

Pressemitteilung  
Gronau, Ahaus, Münster, 04.04.2016

## **Nach Washingtoner Atomgipfel zur Terrorgefahr: Wie sicher sind Atomanlagen im Münsterland?**

Nachdem Politikerinnen und Politiker in Washington beim vierten internationalen Gipfel für Nuklearsicherheit besseren Terrorschutz für Atomanlagen und radioaktives Material gefordert haben, plant Belgiens Atomaufsicht laut dem WDR-Magazin Westpol eine Polizeispezialeinheit zum Schutz der Atomanlagen aufzubauen. Entsprechendes ist für die Atomkraftwerke und Atomanlagen im Bundesgebiet nicht vorgesehen.

### **Fast täglich wird radioaktives Material hier in Deutschland ungeschützt befördert**

Nahezu täglich fahren Urantransporte zu den Uranfabriken in Gronau und Lingen, beide sind vom Atomausstieg ausgenommen und können zeitlich unbegrenzt produzieren. Fast wöchentlich werden Fässer mit Atommüll aus ganz Deutschland ins Atommülllager nach Ahaus gebracht. Die Polizei begleitet solche Atomtransporte in der Regel nur, wenn es zu Protestaktionen von Atomkraftgegnerinnen und Atomkraftgegnern kommt. Nach Ansicht der Münsterländer Anti-Atomkraft-Initiativen und des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) ist das höchst fahrlässig. Auch sind keine Rettungskräfte entlang der Strecken für eventuelle Unfälle informiert. „Es kann nicht sein, dass sich die Vertreter der Atomstaaten in Washington sorgen, dass Terroristen radioaktives Material entwenden können, hier aber ständig radioaktives Material durch die Gegend gefahren wird“ zeigt sich Peter Bastian vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen empört. „Müssten die Konzerne selber für die Sicherungskosten aufkommen, die bei einem konsequenten polizeilichen und doch nie vollkommen sicheren Schutz der Transporte und Lagerung entstehen würden, wäre vermutlich schon lange Schluss mit dem Betrieb der Atomanlagen“ so Peter Bastian weiter.

### **Keinen atombombenfähigen Atommüll von Garching nach Ahaus**

Auch vor dem Hintergrund der Terrorgefahr fordern die Anti-Atomkraft-Initiativen die Absage der ab 2018 geplanten Castortransporte mit Atommüll vom Forschungsreaktor Garching nach Ahaus. „Der Forschungsreaktor in Garching wird mit hochangereichertem Uran betrieben, das atomwaffenfähig ist. Auch der Atommüll ist noch atomwaffentauglich“ erklärt Udo Buchholz vom Vorstand des BBU. Die Anti-Atomkraft-Initiativen fordern den sofortigen Stopp des Garchinger Reaktors und wollen eine Einlagerung dieses brisanten Atommülls in Ahaus unbedingt verhindern. Solche Transporte quer durch Deutschland lassen sich vielleicht gegen friedliche Proteste durchsetzen, aber nicht sicher vor Terroristen schützen. Zudem ist das Ahauser Atommülllager eine Leichtbauhalle, die nicht gegen Angriffe aus der Luft, z. B. von einem Hubschrauber oder einer Drohne, gesichert ist. Gegen Angriffe am Boden ist zurzeit eine zusätzliche Mauer in Planung. Wann diese endlich fertig wird, und wie gut der Atommüll dann geschützt ist, ist unklar.

### **Konsequenter Atomausstieg statt militärischer Aufrüstung**

Das WDR-Magazin Westpol hatte berichtet, dass das belgische Militär bereits wieder von den Atomkraftwerken abgezogen wurde. Stattdessen berichtet die belgische Atomaufsicht davon, dass eine neue Spezialeinheit der Polizei aufgebaut wird. Neue Sicherheitspläne für die Atomanlagen in der Bundesrepublik Deutschland gibt es laut Westpol trotz der belgischen Erkenntnisse und des Washingtoner Gipfel nicht. „Am sinnvollsten ist es, die Frage der Atomkraft nicht weiter zu militarisieren, sondern alle Atomanlagen und Atomkraftwerke sofort und endgültig zu schließen“ zieht BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz sein Fazit.

## **Hintergrundinformationen:**

WDR-Westpol-Bericht:

<http://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/atomkraftwerke-sicherheit-terror-100.html>

Forschungsreaktor Garching:

<http://www.umweltinstitut.org/themen/radioaktivitaet/deutsche-atompolitik/reaktor-garching.html>

Castortransport-Pläne nach Ahaus:

[http://www.bi-ahaus.de/index.php?option=com\\_content&view=article&id=255:pm-das-bundesumweltministerium-und-die-bayerische-staatsregierung-unterzeichnen-einen-schmutzigen-deal-fuer-ahaus&catid=55:pressemitteilungen-2015&Itemid=55](http://www.bi-ahaus.de/index.php?option=com_content&view=article&id=255:pm-das-bundesumweltministerium-und-die-bayerische-staatsregierung-unterzeichnen-einen-schmutzigen-deal-fuer-ahaus&catid=55:pressemitteilungen-2015&Itemid=55)